

707/J XXI.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Lunacek, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten

betreffend Exportförderungen für das umstrittene chinesische ‚Dreischluchten - Staudamm - Projekt‘

Aktuell wird auf internationaler Ebene wieder einmal über das berühmt - berüchtigte ‚Drei - Schluchten‘ - Wasserkraftwerk in China, den größten Wasserstaudamm der Welt, diskutiert.

In einer parlamentarischen Debatte Ende März hat der Kanadische Minister für Internationalen Handel, Pierre S. Pettigrew die Beteiligung der Kanadischen Export - Förderungsinstitution (EDC) an dem Mammut - Projekt mit der Teilnahme u.a. der österreichischen Partnerbank (genau hieß es: „*similar financial institutions from France, Germany, Japan and Austria...*“) zu begründen versucht. Die kanadische (so wie die zur Frage stehende österreichische) Beteiligung steht nämlich im Widerspruch zur ablehnenden Haltung der Weltbank und der US - Exportförderung zum chinesischen Staudamm - Projekt. Die Weltbank verweist auf Umweltprobleme und soziale Kosten des Großprojektes, die US - Exportförderung auf die aktuelle Menschenrechtslage in China.

Tatsache ist, dass Umweltschützer und Menschenrechtsorganisationen gegen das Drei - Schluchten - Kraftwerk sehr massive Bedenken vorbringen. Ausserdem wird das Projekt in einem eminent erdbebengefährdeten Gebiet errichtet. Über eine Million Menschen müssen aus dem riesigen Überschwemmungsgebiet ausgesiedelt werden. Auch sind inzwischen Korruptionsfälle auf chinesischer Seite nachgewiesen worden.

Noch im Gedächtnis sind die Bilder von verheerenden Überschwemmungskatastrophen am Jang - Tse - Fluss. Hunderttausende Menschen sind bei den Dammbürchen umgekommen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Fördert Österreich durch die Oesterreichische Kontrollbank Lieferungen und/oder Leistungen österreichischer Unternehmen im Rahmen des Dreischluchten - Staudamm - Projektes?

2. Inwiefern werden Sie sich als die für Außen - und Entwicklungspolitik zuständige Bundesministerin dafür einsetzen, daß es zu keiner Beteiligung an diesem Projekt kommt?
3. Wie beurteilen Sie grundsätzlich dieses Projekt aus menschenrechtlicher, politischer, wirtschaftlicher und ökologischer Sicht?